

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

---

Sitzungsdatum: Montag, den 29.04.2019  
Beginn: 18:30 Uhr  
Ende: 21:40 Uhr  
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rathauses Niedereschach

### **Anwesend:**

#### Vorsitzender

Herr Martin Ragg

#### Schriftführung

Herr Albert Bantle

#### CDU Fraktion

Herr Thilo Briechle

Herr Peter Engesser

Frau Manuela Fauler

Frau Rosemarie Fellhauer

ab 19.15 Uhr abwesend

Herr Jörg Freund

Herr Edgar Lamparter

Herr Siegfried Reich

Herr Holger Tranzer

#### Freie Wähler Fraktion

Herr Michael Asal

Herr Martin Emminger

Herr Rüdiger Krachenfels

Frau Ilse Mehlhorn

Herr Werner Reich

#### von der Verwaltung

Frau Melanie Cziep

Herr Alfred Haberstroh

ab 21.40 Uhr abwesend

Herr Jürgen Lauer

Herr Hartmut Stern

### **Abwesend:**

#### CDU Fraktion

Herr Armin Müller

#### Freie Wähler Fraktion

Herr Walter Pankoke

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse
- 2 Bericht über die letzten Ortschaftsratssitzungen
- 3 Frageviertelstunde
- 4 Vorstellung der Bedarfsplanung der Kinderbetreuungseinrichtungen
- 5 Sanierungsarbeiten Schloßberghalle in Kappel
- 6 Baugesuche
  - 6.1 Anlegen von 24 Stellplätzen, Sommerberg 2, Flst. Nr. 30 und 29/1, Gemarkung Fischbach
  - 6.2 Einbau Bad im Dachgeschoß mit Errichtung einer Dachgaube, Öschlestr. 11, Flst. Nr. 2140, Gemarkung Niedereschach
  - 6.3 Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 6 Wohnungen, Lindenweg 3, Flst. Nr. 149, Gemarkung Niedereschach
  - 6.4 Abriss landwirtschaftlicher Gebäude, Schramberger Str. 3 und 5, Flst. Nr. 296, 296/2, 297, Gemarkung Fischbach
  - 6.5 Neubau von 7 Doppelhäusern, Schramberger Straße, Flst. Nr. 296, 296/2, 297, Gemarkung Fischbach
- 7 Bebauungsplanverfahren „Auf der Breite“, Kappel gem. § 13 b BauGB - Vergabe von Ingenieurleistungen (Erstellung Bebauungsplan und Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag)
- 8 Errichtung starrer Poller in der Villinger Straße
- 9 Verschiedenes und Bekanntgaben
- 10 Wünsche und Anträge

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*Als Zuhörer waren anwesend: Anita Kempa, Ute Riedlinger, Andi Ettwein, Michael Stern, Alexander Rist, Dr. Martin Aichele, Walter Oberfell, Birgit Müller, Bruno Ruf, Kurt Müller, Marietta Stern-Marte mit Ehemann, Amalia Rebmann, sowie zu TOP 4 Frau Breddin von der Stiftung Lernen-Fördern-Arbeiten und zu TOP 5 die beiden Architekten Herr Thomas Seemann und Herr Thomas Scherlitz.*

*Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.*

### Öffentlicher Teil

#### TOP 1

#### Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

*Der Vorsitzende erstattet Bericht über die zurückliegende Sitzung vom 08.04.2019.*

#### TOP 2

#### Bericht über die letzten Ortschaftsratssitzungen

*Der Vorsitzende informiert darüber, dass im Ortschaftsrat Schabenhäusern eine Sitzung des dortigen Gremiums stattgefunden hat.*

#### TOP 3

#### Frageviertelstunde

*3.1 Aus den Reihen der Zuhörerinnen bittet Frau Marietta Stern-Marte um das Wort. Sie bezieht sich auf das in der Sitzungsvorlage aufgeführte Baugesuch unter TOP 6.3 im Lindenweg 3. Sie erklärt, dass sie auch bei diesem erneut vorgelegten Baugesuch in Widerspruch gegangen ist. Ein Sechs-Familien-Haus wie geplant, sei im Lindenweg mit Blick auf die Umgehungsbebauung nach wie vor viel zu groß. Sie verweist zudem darauf, dass von den ausgewiesenen zehn Parkplätzen drei sogenannte „gefangene“ Parkplätze sind, die lediglich genutzt werden können, wenn das dahinter stehende Fahrzeug wegfährt. Zudem seien Aufschüttungen geplant, die in keiner Relation zum umliegenden Gelände liegen. Zudem befürchtet sie durch den Garagenverkehr viele Belästigungen, Abgase und Lärm sowie Grenzabstände die nicht eingehalten werden können.*

*Aus den Reihen der Zuhörer bittet Herr Gerd Jerger um das Wort. Er trägt zunächst Bedenken von Herrn Manfred Spadinger vor, der als betroffener Anleger selbst nicht anwesend*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

sein kann. Herr Spadinger weist in den von Herrn Jerger gemachten Ausführungen darauf hin, dass sämtliche Bebauungen in den letzten 30, 40 Jahren im Lindenweg so gestaltet wurden, dass dort vor dem Haus noch irgendwie Platz war. Im jetzt vorgesehenen Bauvorhaben werde vor dem Haus kein Abstand eingehalten. Der geplante Bau grenze direkt an den Lindenweg. Es sei verwunderlich, dass bei einem derartigen, riesigen Komplex, nicht ein Abstand zur Straße eingehalten werden muss. Ebenso teilt Herr Spadinger die Bedenken von Frau Marietta Stern-Marte bezüglich der „gefangenen“ Parkplätze.

Des Weiteren weist Herr Gerd Jerger in eigener Sache darauf hin, dass ihm in den zurückliegenden Sitzungen bei den Beratungen der Baugesuche immer wieder aufgefallen ist, dass seitens der Verwaltung damit argumentiert wird, dass, wenn der Gemeinderat das Einvernehmen nicht erteilt, dann das Baurechtsamt im Landratsamt dieses fehlende Einvernehmen ersetzen wird. Gerade das Baugesuch unter TOP 6.3 im Lindenweg zeige jedoch, dass sich ganz offensichtlich doch etwas tut, wenn der Gemeinderat das Einvernehmen nicht erteilt. Zunächst seien es zehn Wohnungen gewesen, jetzt acht, dann sieben, jetzt sind es lediglich noch sechs. Herr Jerger kritisiert die Drohung der Verwaltung im Gemeinderat, dass das fehlende Einvernehmen durch das Landratsamt ersetzt wird. Er gehe davon aus, dass auch die nun erfolgte neuerliche Reduzierung des Bauvorhabens kein „Zuvorkommen“ des Bauherrn war, sondern weil eben das Landratsamt hier auch entsprechend darauf eingewirkt habe. An Herrn Lauer gerichtet, sagt Herr Jerger, dass dieser sogar erklärt habe, dass dann, wenn alles schief laufe, der Bauherr eventuell wieder die alten Pläne mit den zehn Wohnungen aus der Schublade holen könnte.

Was das fehlende Einvernehmen angeht, erklärt Herr Lauer, dass er diese Aussage aufgrund einer Gesprächsrunde im Landratsamt zusammen mit den Experten des Baurechtsamtes, allen voran Herrn Rosenfelder, Kreisbaumeister Herrn Laufer und Herrn Zimmermann, getätigt habe, weil dort klar und deutlich erklärt wurde, dass das Projekt auch in dieser Größenordnung genehmigungsfähig sei. Diese Aussage, so Herr Jerger, sei so nicht korrekt gewesen. Er habe ebenfalls mit Herrn Laufer gesprochen und dabei die Auskunft bekommen, dass das ursprüngliche Bauwerk mindestens eins vielleicht sogar zwei Stockwerke zu viel habe. Gegenüber dem ersten Baugesuch mit zehn Wohnungen sei das jetzige Baugesuch gerade einmal zwei „lausige“ Meter kleiner.

Gemeinderat Herr Jörg Freund weist darauf hin, dass das Einvernehmen im Gemeinderat im Grunde genommen ein Thema sei, das den Gemeinderat gar nichts angehe. Das Gremium könne ohnehin nichts bestimmen. Klar sei, dass das Landratsamt entscheidet. Auf die geltende Rechtslage habe der Gemeinderat ohnehin keinen Einfluss, deshalb sei es Blödsinn, wenn es um das Einvernehmen geht, im Gemeinderat abstimmen zu müssen.

Aus den Reihen der Zuhörer erklärt Dr. Martin Aichele, dass er schon in einer der früheren Sitzungen, als das Baugesuch zum ersten Mal beraten wurde, erklärt habe, dass er befürchte, dass das Gremium mit zweierlei Maß messe. Er erinnert an Bauvorhaben im Bereich der früheren Peter - Uhrenfabriken, in der Rottweiler Straße und geplante Bauten in der Villinger Straße. Nun habe er erneut den Eindruck, dass hier mit zweierlei Maß gemessen werde. Für ihn entstehe der Eindruck, dass es hier keine gelebte Demokratie, sondern gelebte Willkür gebe.

Frau Birgit Müller aus den Reihen der Zuhörer schließt sich den Ausführungen von Herrn Gerd Jerger und von Frau Marietta Stern-Marte an. Sie zollt den Gemeinderäten großen Respekt, die trotz der vorhandenen Drohungen bislang stets gegen das Einvernehmen votiert haben.

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*3.2 Noch einmal bittet Herr Dr. Martin Aichele um das Wort. Mit Blick auf die zurückliegende Diskussion zum Thema Tempo 30 in der Sitzung vom 08.04.2019 erklärt er, dass er mit der von ihm gemachten Äußerung, dass er niemanden wünsche einmal ein verunfalltes Kind in Händen halten zu müssen, keinem zu nahe treten wollte. Er wollte diesen Hinweis lediglich als schweres Argument dafür nutzen, dass man im Gremium Tempo 30 beschließt. Die Nagelprobe zur Durchsetzung von Tempo 30 bestehe ohnehin in der Villinger und in der Rottweiler Straße. Auch wenn der Gemeinderat dort, da es sich um eine Landesstraße handelt, keine direkten Einflussmöglichkeiten hat, würde er sich wünschen, dass die Gemeinde jede Woche einen Brief an die entscheidenden Stellen schicke und darin klar und deutlich mache, wie gefährlich die Situation in der Villinger - und in der Rottweiler Straße ist. Er plädiere hier für die Methode „Steter Tropfen höhlt den Stein“.*

*Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Gemeinderat auf Kreis- und Landesstraßen keinerlei Einfluss habe. Deshalb habe der Gemeinderat bereits 2013 den Beschluss gefasst, dass in Niedereschach flächendeckend Tempo 30 auf allen Straßen, also nicht nur auf den Gemeindestraßen, eingeführt werden soll. Es sei in der Tat so, dass die Gemeinde bei jeder Verkehrsschau auf die Problematik aufmerksam mache. Bei dieser Verkehrsschau seien die Experten vor Ort. Dabei werde Jahr für Jahr auch darüber gesprochen, ob sich eventuell rechtlich etwas so verändert hat, dass es zwischenzeitlich Möglichkeiten gibt, etwas für die Verkehrsberuhigung in der Villinger- und Rottweiler Straße zu tun. Er rät Herrn Dr. Aichele in dieser Angelegenheit die Bundestagsabgeordneten anzuschreiben, denn zur Anwendung komme in solchen Fällen das vom Bundesgesetzgeber erlassene Gesetz. Wenn Herr Dr. Aichele etwas tun wolle, dann sollte er diese Briefe an die Mitglieder des Bundestages schreiben. Die nachgeordneten Behörden, die auch mit ihren Fachleuten in der Verkehrsschau vertreten sind, sind an diese Gesetze gebunden. Nichtsdestotrotz habe der Gemeinderat mit seinem zurückliegenden Beschluss vom 08.04.2019 in Richtung der Bürgerinnen und Bürger auch ein sehr wichtiges Signal gesetzt.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 4

#### Vorstellung der Bedarfsplanung der Kinderbetreuungseinrichtungen

##### Sachverhalt:

Die Gemeindeverwaltung hat mit Unterstützung des beauftragten Instituts für Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB) die Bedarfsplanung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der Gemeinde Niedereschach erstellt.

Frau Breddin vom genannten Institut wird in der Sitzung anwesend sein und die Bedarfsplanung anhand der als Anlage beigefügten Dateien vorstellen und erläutern.

Der Gemeinderat soll die Bedarfsplanung zur Kenntnis nehmen und daraus in den nächsten Monaten weitere Maßnahmen erörtern und ggfs. beschließen.

##### Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt die Bedarfsplanung zur Kenntnis.

*Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Frau Breddin von der Stiftung Lernen-Förderarbeiten. Es wird auf die der Sitzungsvorlage beigefügte Präsentation der Stiftung verwiesen. Frau Breddin erläutert noch einmal die rechtlichen Grundlagen und geht auch auf das am 01.01.2019 im Bundestag verabschiedete „Gute Kiga-Gesetz“ und die damit verbundenen neuen Förderrichtlinien ein. Auch erklärt sie die Mechanismen des Finanzausgleichsgesetzes und die verschiedenen in der Präsentation aufgeführten Zahlen. Ausführlich erläutert sie auch das auf den Seiten 54 und 55 der Präsentation aufgeführte Fazit sowie die aus ihrer Sicht notwendigen Handlungsmaßnahmen und die Planung der notwendigen Vorgaben.*

*Der Vorsitzende dankt Frau Breddin für ihre umfangreiche Arbeit. Die von Frau Breddin vorgelegte Bedarfsplanung sei für den Gemeinderat sehr wichtig, da es sich um ein sehr wichtiges und zentrales Thema handle. Zum einen gehe es um die Kinder, zum anderen um die Finanzen.*

*Auf Nachfrage von Herrn Gemeinderat Holger Tranzer, ob die Gemeinde auch viele Kinder aus auswärtigen Gemeinden in ihren Kindertagesstätteneinrichtungen habe, erklärt Frau Breddin, dass einige Kinder von Auswärts da sind. Die Zahl sei jedoch nicht sonderlich hoch. Andererseits gebe es auch Kinder aus Niedereschach, die Kindergärten in Umlandgemeinden oder in Villingen-Schwenningen besuchen.*

*Auf Nachfrage von Herrn Gemeinderat Edgar Lamparter beantwortet Frau Breddin Fragen bezüglich des Versorgungsgrades und der Betreuungsquote. Dabei, so Frau Breddin, müsse man berücksichtigen, dass der Trend dahin gehe, dass die Kinder, die die Einrichtungen besuchen, immer jünger werden. Ebenfalls auf Nachfrage von Herrn Lamparter erklärt Frau Breddin, dass die Gelder aus dem „Gute-Kiga-Gesetz“ vom Bund zunächst an das Land überwiesen werden und das Land bestimme dann wo das Geld genau eingesetzt wird. Aktuell sei es so, dass speziell der Bereich Aus- und Weiterbildung des Personals gefördert werde. Dies auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in dem betroffenen Bereich.*

*Gemeinderat Herr Rüdiger Krachenfels wundert sich, dass es bislang nicht gelungen ist, ein einheitliches Meldeverfahren einzuführen. Hierauf erklärt Frau Breddin, dass es in der Tat so*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*ist, dass bislang jede einzelne Einrichtung ihr eigenes System habe. Hauptamtsleiter Herr Lauer erläutert, dass sich dieses System in den vergangenen Jahrzehnten so entwickelt habe. Es sei auch etwas ungewöhnlich, dass es in einer Gemeinde der Größenordnung Niedereschachs sechs verschiedene Kindergartenträger gebe. Dies gebe es im gesamten Schwarzwald-Baar-Kreis so nicht. Vor diesem Hintergrund sei es sehr schwierig, den Bedarf innerhalb der Einrichtungen abzustimmen. Das Problem sei jedoch erkannt. Man werde versuchen diese vorhandenen Strukturen aufzubrechen und alles besser zu organisieren. Frau Breddin erläutert hierzu, dass es sehr wichtig sei, dass der Austausch unter den einzelnen Kindergartenträgern verbessert wird.*

*Gemeinderat Herr Jörg Freund weist darauf hin, dass ihm auffällt, dass die Kinderzahlen in den letzten Jahren zwar sehr konstant geblieben, gleichzeitig die Kosten jedoch immens nach oben geschneit sind. Egal was Bund und Land beschließen, am Ende des Tages sei es meist stets die Gemeinde, die die Zeche zu bezahlen habe. Er bedauert, dass das Geld das beispielsweise durch das „Gute Kiga-Gesetz“ fließt, letzten Endes bei den Kommunen nicht ankommt. In diesem Zusammenhang verweist Frau Breddin darauf, dass dies ohnehin von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich ist. Ausdrücklich weist Herr Freund darauf hin, dass der von den Eltern immer wieder ins Feld geführte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, sich auf die Gesamtgemeinde und nicht auf den jeweiligen Ortsteil beziehe. Wenn beispielsweise Niedereschach überfüllt ist, sei seitens der Gemeinde der Rechtsanspruch erfüllt, wenn sie den betroffenen Eltern einen Platz beispielsweise in Schabenhausen, Fischbach oder Kappel anbieten kann, gleiches gelte umgekehrt.*

*Peter Engesser geht darauf ein, dass es Bundesländer gebe, die über den Länderfinanzausgleich von Baden-Württemberg mitfinanziert werden und in ihren jeweiligen Bundesländern keine Kindergartengebühren erheben, während Baden-Württemberg dies tun müsse. Er erklärt, dass dies eine sehr ungerechte Situation sei. Auch sei die Kindergartenplanung, bedingt durch die Zu- und Wegzüge, stets auch mit gewissen Risiken behaftet.*

*Gemeinderat Herr Siegfried Reich weist darauf hin, dass das Land Baden-Württemberg zwar das Geld vom Bund nehme, dass durch das föderale System, das noch von den Alliierten erfunden und eingeführt wurde, jedoch letztlich bei den Kommunen nichts ankomme. Der Wähler als „Souverän“ merke dies in vielen Bereichen und er ist überzeugt davon, dass dies der „Souverän“ so in der Art nicht mehr lange mitmachen werde.*

*Der Vorsitzende beendet die Diskussion unter Hinweis darauf, dass man die von Frau Breddin erarbeiteten Vorschläge, die im Fazit zusammengefasst sind, in zwei Punkten möglichst zeitnah aufnehmen und erledigen möchte. Zum einen werde man beim bevorstehenden Jahresgespräch auf die „Baustelle“ bezüglich eines einheitlichen Meldeverfahrens eingehen, andererseits gelte es auch, die durch die erfreuliche Entwicklung im Mensabereich, wo immer mehr Mittagessen gereicht werden, entstandene Personalsituation zu verbessern. Im Mensabereich werden derzeit massiv Überstunden geleistet um die vielen Essen überhaupt noch ausgeben zu können. Vor diesem Hintergrund werde die Verwaltung zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Beschlussvorschlag vorlegen. Alles weitere, beispielsweise ob für die Mensa bauliche Veränderungen notwendig sind oder wie die künftige Entwicklung in den Kindergarteneinrichtungen der Gemeinde ausgestaltet werden soll, werde man nach den Wahlen mit dem neuen Gemeinderat diskutieren. Abschließend dankt der Vorsitzende Frau Breddin für ihre Ausführungen und die von ihr erstellte Präsentation.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 5

#### Sanierungsarbeiten Schloßberghalle in Kappel

##### Sachverhalt:

Einen aktuellen Sachstandsbericht über den Baufortschritt und den Stand der Kostenfortschreibung in dieser Sanierungsmaßnahme werden die Architekten und Bauleiter Thomas Scherlitz und Thomas Seemann in der Sitzung geben.

*Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende die beiden Architekten Herrn Thomas Seemann und Herrn Thomas Scherlitz. Herr Thomas Seemann informiert zunächst über den aktuellen Stand auf der Baustelle. Danach erläutert er die baulichen Planungen für die nächsten Wochen und als großes Ziel geben er und auch Herr Scherlitz aus, dass die Sanierung der Schlossberghalle bis Ende des Jahres 2019 abgeschlossen sein soll. Herr Thomas Scherlitz geht auf die historische Kostenentwicklung bei der Schloßberghallensanierung seit dem Jahr 2013 ein. Herr Seemann erläutert den aktuellen Stand in finanzieller Hinsicht und erklärt, dass unter Berücksichtigung der aktuell jährlich um rund 5 % steigenden Baupreise sowie der 50.000 € kostenden Schaffung eines separaten Zugangs für den Proberaum des Musikvereins, der auch als Fluchtweg genutzt werden kann, die Zahl an der man sich messen lassen müsse bei 3,167 Millionen € liege. Diese Zahl müsse man wenn möglich unterbieten. Aktuell sei es so, dass man einen Puffer von rund 100.000 € habe. Auf Nachfrage von Holger Tranzer, ob die Vergabepreise auch identisch mit den letztlich zu bezahlenden Preisen seien, erklärt Herr Seemann, dass dies in der Regel der Fall sei, es habe jedoch auch schon einige Nachträge gegeben. Hiervor sei man nun allerdings mehr oder weniger gefeit, weil die Arbeiten die solche Überraschungen mit sich bringen können, bereits abgewickelt sind. Insofern erwartet er mit Blick auf die künftigen laufenden Arbeiten keine sonderlich großen Preisüberraschungen mehr. Auf Nachfrage von Gemeinderat Peter Engesser, ob der Zuschuss den die Gemeinde erhält von der tatsächlich verbauten Summe bezahlt wird oder von der ursprünglich geplanten Summe die bei 2,7 Millionen € liegt, erklärt Herr Haberstroh, dass man den Zuschuss lediglich von den 2,7 Millionen € erhalten wird. Sollte man darunter liegen, werde sich der Zuschuss sogar reduzieren. Es zeichne sich jedoch bereits jetzt ab, dass man mit Sicherheit über dieser Summe liegen werde. Mit Blick auf die Umstellung bei der Kämmerei auf die Doppik, erklärt Herr Haberstroh, dass man, weil man bei der Doppik keine Haushaltsreste mehr bilden kann, im Haushalt 2019 eine Nachfinanzierung von 800.000 € - 900.000 € mit Blick auf die Schloßberghallensanierung haben werde. Entsprechend werde jedoch auch der Jahresabschluss 2018 besser ausfallen. Auf Bitten von Frau Mehlhorn, ob man die genannten Zahlen auch schriftlich bekommen könne, erklärt Herr Lauer, dass dies möglich sei und er dies veranlassen werde.*

*Gemeinderat Herr Michael Asal erklärt, dass, wenn er sich die Preisentwicklungen bei manchen öffentlichen Bauten betrachte, sehr freue, dass bei der Kalkulation für die Schlossberghalle von den beiden Architekten sehr solide vorgegangen wurde. Auch die von ihnen gemachten Ausführungen und Darlegungen seien sehr gut nachvollziehbar. Er attestiert den beiden Architekten, dass sie korrekt gerechnet und gut gearbeitet haben.*

*Peter Engesser bittet um Auskunft darüber, ob in der vorgelegten Kostenkalkulation auch*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*bereits Mobilar für die Inneneinrichtung mit eingerechnet wurde. Dem, so Herr Seemann, sei so. Auf Nachfrage von Frau Ilse Mehlhorn, ob in der Kostenberechnung auch Maßnahmen für den Parkplatz gegenüber der Schloßberghalle mit eingerechnet sind, erklärt Herr Seemann, dass für den dort bestehenden Sandplatz, der als Parkplatz genutzt wird, keine Kosten eingerechnet wurden. Es sei allerdings so, dass man bei der Gestaltung der Außenanlagen noch ein Plus von zehn Parkplätzen habe einrichten können, was wiederum jedoch das Volumen für die Abfuhr des Aushubes nach oben getrieben habe. Doch auch dies sei bereits alles in den 3,167 Millionen € mit „eingepreist“. Gemeinderat Herr Jörg Freund stört sich daran, dass man am Zahlenwerk der beiden Architekten zum Schluss kommen könnte, dass man eigens für einen zweiten Zugang zum Musikraum 53.000 € für den Verein ausgegeben habe. Ihm wäre es lieber, wenn man hier deutlich machen würde, dass es sich hierbei auch um einen Fluchtweg handelt. Hierzu erklärt Herr Seemann, dass man mit dieser Maßnahme zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen habe. Hätte man jedoch lediglich den Fluchtweg herstellen können, wäre dies sehr viel kostengünstiger und einfacher möglich gewesen. Gemeinderat und Ortsvorsteher Werner Reich dankt den beiden Architekten für ihre gute Arbeit. Er sei immer wieder mit eingebunden und habe ein sehr gutes Gefühl. Er fühle sich was die Sanierung der Schlossberghalle anbelangt, bei den Herren Seemann und Scherlitz sehr gut aufgehoben. In diesem Zusammenhang dankt Herr Thomas Seemann der als ZuhörerIn anwesenden Leiterin des Kindergartens Kappel, Frau Amalia Rebmann, für ihr großes Verständnis, das sie immer wieder aufbringt, wenn der Kindergartenbetrieb durch die Baumaßnahmen leidet. Dieses Miteinander sei nicht unbedingt selbstverständlich bei derartigen Baumaßnahmen. Frau Rebmann wiederum bedankt sich bei Herrn Seemann für die gute Zusammenarbeit.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 6

#### Baugesuche

### TOP 6.1

#### Anlegen von 24 Stellplätzen, Sommerberg 2, Flst. Nr. 30 und 29/1, Gemarkung Fischbach

Das beantragte Bauvorhaben liegt im unverplanten Innenbereich.

Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

#### Beschluss:

*6.1 Bei einer Enthaltung durch Gemeinderat Jörg Freund erteilt der Gemeinderat dem Bauvorhaben, so wie unter TOP 6.1 aufgeführt, das Einvernehmen.*

### TOP 6.2

#### Einbau Bad im Dachgeschoß mit Errichtung einer Dachgaube, Öschlestr. 11, Flst. Nr. 2140, Gemarkung Niedereschach

Das beantragte Bauvorhaben liegt im Bebauungsplan „Öschle“ und wurde in der Sitzung vom 18.03.2019 dem Gemeinderat zur Kenntnis vorgelegt.

Mit Schreiben vom 18.03.2018 hat das Landratsamt, Baurechtsamt, mitgeteilt, dass durch die Gaubenerweiterung das Dachgeschoß zu einem weiteren Vollgeschoß wird. Hierdurch wird die nach dem Bebauungsplan zulässige Vollgeschoßzahl überschritten.

Die Zustimmung des Gemeinderates ist erforderlich.

#### Beschluss:

*6.2 Einstimmig stimmt der Gemeinderat dem Baugesuch, so wie unter TOP 6.2 aufgeführt, zu.*

### TOP 6.3

#### Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit 6 Wohnungen, Lindenweg 3, Flst. Nr. 149, Gemarkung Niedereschach

Das beantragte Bauvorhaben liegt im unverplanten Innenbereich. Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Ein Bauantrag zu diesem Grundstück wurde bereits am 31.01.2018, am 15.06.2018 sowie am 05.11.2018 gestellt. Der Bauantrag von 31.01.2018 umfasste 10 Wohneinheiten und wurde wieder zurückgenommen.

Der Bauantrag vom 15.06.2018 umfasste 8 Wohneinheiten. Das Einvernehmen wurde in der Sitzung vom 23.07.2018 nicht erteilt.

Der Bauantrag vom 05.11.2018 umfasste 7 Wohneinheiten. Das Einvernehmen wurde in der Sitzung vom 17.12.2018 nicht erteilt.

Es sind nun insgesamt 6 Wohnungen mit 10 Stellplätzen vorgesehen, wobei es sich bei 3 Stellplätzen um sogenannte „gefangene Stellplätze“ handelt, die allerdings für die jeweils gleiche Wohnung vorgesehen sind.

Die Firsthöhe des jetzt geplanten Gebäudes beträgt 682,51 m. Die Firsthöhe des 1. Bauantrags vom 31.01.2018 betrug 684,74 m. Die Firsthöhe des letzten Bauantrags vom 05.11.2018 betrug 681,32 m.

Die Firsthöhe des Gebäudes Lindenweg 1 beträgt 673,10 m. Die Firsthöhe des Gebäudes Lindenweg 5 beträgt 683,95 m.

*6.3 Gemeinderat Herr Rüdiger Krachenfels erklärt, dass er sich den Bedenken die zuvor vom Zuhörer Gerd Jerger vorgetragen wurden, anschlieÙe. Für ihn als Laien sei es sehr irritierend, dass hier von der Verwaltung unterschiedliche Aussagen bezüglich der Rechtmäßigkeit des Bauvorhabens gekommen sind. Er sei irritiert. Aus den Reihen der Zuhörer erklärt Herr Dr. Martin Aichele, dass es eigentlich nur darum gehe, ob das Bauvorhaben der Landesbauordnung entspreche und dies sei der Fall.*

*Auch Gemeinderat Michael Asal erklärt, dass er verwundert sei. Nachdem das Baugesuch nun zum dritten Mal in reduzierter Form vorgelegt wird, frage er sich, weshalb dies der Fall ist. Er als Gemeinderat wisse nicht mehr, wie er sich in diesem Baugesuch letztlich verhalten solle. Auch Gemeinderätin Ilse Mehlhorn geht noch einmal auf die Argumente der Zuhörer ein und erklärt, dass sie nachvollziehen könne, dass die betroffenen Anwohner, die im Bereich des Lindenweges sich mit Blick auf die Straße baulich zurückgehalten haben verärgert sind. Auch könne sie anhand der vorgelegten Unterlagen nicht nachvollziehen, was und in welcher Menge, wo genau, aufgeschüttet wird. Jörg Freund wundert sich, dass er wieder höre, dass man andere Entscheidungsgrundlagen brauche. Er erklärt noch einmal, worum es beim Einvernehmen gehe und dass er der Meinung sei, dass dieses nicht erforderlich ist im Gemeinderat beraten zu werden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn das Einvernehmen nicht erteilt werde, man dies auch entsprechend begründen sollte. Vielleicht hängen die nun zu verzeichnenden Änderungen gegenüber den ersten Planungen mit dem vorgenommenen Architektenwechsel ab. Solide Gründe, die gegen das Einvernehmen sprechen, habe er in der gesamten Diskussion nicht zu hören bekommen. Frau Mehlhorn erklärt, dass sie höre, dass der Abstand zur Straße zu gering und der Gebäudekomplex zu groß sei. Dies seien alles Dinge, um das Bauvorhaben abzulehnen. Manuela Fauler erklärt, dass sie zwar verstehe, dass Herr Jörg Freund sein Problem damit habe dass der Gemeinderat das Einvernehmen erteilen müsse obwohl er im Grunde genommen nichts zu entscheiden habe, dies ändere jedoch nichts an der Rechtslage. Auch sie sei verwundert, dass das Baugesuch nun bereits zum dritten oder vierten Mal in reduzierter Form vorgelegt werde. Sie hätte auch gerne gewusst, wo der Unterschied zwischen den sechs und zehn Wohneinheiten liegt. Auch wäre für sie interessant zu erfahren, mit welcher Größenordnung die Anwohner im Grunde genommen leben könnten.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*Gemeinderat Holger Tranzer erklärt, dass das Baurecht und Sitzungen des Gemeinderates kein Wunschkonzert seien. Auch wenn das Baugesuch nach seiner Meinung nicht unbedingt in den Lindenweg passe, gelte es doch, die bestehende Rechtslage zu berücksichtigen und wenn es rechtmäßig ist, könne der Gemeinderat das Einvernehmen nicht verwehren. Der richtige Weg sei für die betroffenen Anwohner einen Widerspruch an die Fachbehörde sprich das Landratsamt zu erteilen, dort werde dann entsprechend entschieden. Er erinnert die Gemeinderäte daran, dass sie bei ihrer Amtseinführung einen Eid geleistet haben, sich an Recht und Gesetz zu halten und daran ändere sich auch nichts wenn einem ein Baugesuch nicht gefalle. Es gehe einzig und allein darum, ob das Bauvorhaben rechtmäßig ist. Es gebe verschiedene Ansprüche, die einen seien die der Anwohner im Lindenweg, die anderen die des Bauherrn. Die Widerspruchsgründe der Anleger werden von den Fachbehörden rechtlich geprüft. Dies sei nicht Sache des Gemeinderats. Im Übrigen echauffiert sich Herr Tranzer über die Aussage von Herrn Dr. Martin Aichele, wonach es im Gemeinderat mit Blick auf Baugesuche eine „gelebte Willkür“ gebe. Diesen Vorwurf empfinde er als eine bodenlose Unverschämtheit. Bereits in der letzten Sitzung habe Herr Dr. Martin Aichele sich eine entsprechende Entgleisung geleistet, das gehe so nicht. Siegfried Reich weist darauf hin, dass aus seiner Sicht für das Baurecht andere zuständig sind. Manche Argumente der Anleger, beispielsweise, dass der Schneepflug dort nicht mehr fahren könne, stimmen einfach nicht. Die Parksituation sei im Übrigen im Lindenweg bereits jetzt völlig unbefriedigend. Die rechtlichen Grundlagen sollten die Behörden und Fachleute prüfen, die das beruflich machen und können. Herr Edgar Lamparter erklärt, dass man dem Gebäudekomplex nicht ansehe, dass dieser um vier Wohnungen reduziert wurde. Das Gebäude sei fast noch so hoch wie als zehn Wohnungen geplant waren und stehe genauso nahe an der Straße. Mit Blick auf die Ausführungen von Herrn Holger Tranzer erklärt dessen Ratskollege Herr Krachenfels, dass er die Argumentation von Herrn Tranzer grundsätzlich verstehe. Für ihn stelle sich jedoch die Frage, was ist Recht und Gesetz und wie er dies prüfen und klären könne. Auf Nachfrage von Thilo Briechle, erklärt Herr Lauer, dass beim jetzigen Baugesuch, anders als bei den früheren Baugesuchen keine Tiefgaragen mehr geplant sind. Abschließend erklärt Herr Ragg, dass er es begrüßen würde, wenn die Räte das Einvernehmen erteilen würden. Er rechnet ansonsten damit, dass das Einvernehmen durch das Landratsamt ersetzt wird und dass evtl. auch Schadensersatzforderungen auf die Gemeinde zukommen.*

### **Beschluss:**

6.3 Bei drei Ja-Stimmen drei Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen wird das Einvernehmen zum Bauvorhaben sowie unter TOP 6.3 aufgeführt nicht erteilt.

### **TOP 6.4**

#### **Abriss landwirtschaftlicher Gebäude, Schramberger Str. 3 und 5, Flst. Nr. 296, 296/2, 297, Gemarkung Fischbach**

Das beantragte Bauvorhaben liegt im unverplanten Innenbereich. Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### Beschluss:

*6.4 Bei einer Enthaltung durch Gemeinderat Herrn Jörg Freund, erteilt der Gemeinderat dem Bauvorhaben, so wie unter TOP 6.4 aufgeführt, das Einvernehmen.*

### TOP 6.5

#### Neubau von 7 Doppelhäusern, Schramberger Straße, Flst. Nr. 296, 296/2, 297, Gemarkung Fischbach

Die beantragte Bauvoranfrage liegt grundsätzlich im unverplanten Innenbereich. Das Einvernehmen des Gemeinderates ist erforderlich.

Die weiter betroffenen baurechtlichen Sachverhalte (Gewässer, Hochwasserschutz, Naturschutz, u. a.) sollen im Rahmen des Bauvoranfrageverfahrens über das zuständige Baurechtsamt beim Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis geklärt werden.

*Zu diesem Baugesuch erklärt Herr Gemeinderat Edgar Lamparter, dass er auch bei diesem Baugesuch erhebliche Probleme hinsichtlich der Parkplätze sehe. Es sei lediglich ein Stellplatz pro Gebäude vorgesehen. Dies sei zu wenig. Vor diesem Hintergrund erklärt Herr Ragg, dass der Bauherr genau deshalb eine Bauvoranfrage gemacht habe, um abzuklären, wo bei einem möglichen richtigen Baugesuch "der Hase im Pfeffer" liege.*

### Beschluss:

*6.5 Bei einer Gegenstimme durch Herrn Edgar Lamparter und einer Enthaltung durch Herrn Freund erteilt der Gemeinderat das Einvernehmen zur Bauvoranfrage, so wie unter TOP 6.5, aufgeführt.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 7

#### Bebauungsplanverfahren „Auf der Breite“, Kappel gem. § 13 b BauGB - Vergabe von Ingenieurleistungen (Erstellung Bebauungsplan und Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag)

##### Sachverhalt:

Im Bereich „Auf der Breite“ soll ein neues Wohnbaugebiet gem. § 13 b BauGB ausgewiesen werden. Es sind deshalb Vergaben von Ingenieurleistungen für die durchzuführenden Arbeiten erforderlich.

Die Verwaltung hat von der Firma BIT-Ingenieure ein Angebot zur Erstellung der Bebauungsplanunterlagen sowie vom Büro für Grün- und Landschaftsplanung, Doris Hug, ein Angebot zur Erstellung des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages eingeholt. Die Gemeinde arbeitet mit beiden Firmen bzw. dem Büro bereits langjährig vertrauensvoll und erfolgreich zusammen. Ein förmlicher Umweltbericht, dessen Kosten weitaus höher wären, ist bei dieser Verfahrensart nicht erforderlich.

Die Angebote sind als Anlage diesem Tagesordnungspunkt beigelegt. Die Kosten betragen:

- Ingenieurhonorar für das Bebauungsplanverfahren mit Bestandsvermessung und Erschließungskonzeption = 28.907,23 €
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag = 2.308,36 €

Nach diesen Angeboten betragen die Kosten insgesamt = 31.215,59 €.

Zu einem späteren Zeitpunkt müssen ggfs. noch weitere Gutachten (Lärmschutzgutachten und Baugrundgutachten) vergeben und eingeholt werden.

##### Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der genannten Arbeiten an die Firma BIT-Ingenieure und das Büro für Grün- und Landschaftsplanung, Doris Hug zum genannten Angebotspreis.

*Es wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen. Der Vorsitzende erklärt, dass die Gemeinde aufgrund der eklatanten Wohnungsnot im Land, mit Blick auf das Baugebiet „Auf der Breite“ in Kappel den § 13 b BauGB ins Auge fassen und ein Fachbüro beauftragen möchte. Mit den betroffenen Grundstückseigentümern habe man bereits Gespräche geführt, die sehr positiv verlaufen sind. Manuela Fauler weist darauf hin, dass der Begriff „Auf der Breite“ zu Verwechslungen mit der Straße „Auf der Breite“ und dem Gebiet „Breite“ in Niedereschach führen könnte. Dies ist auch der Verwaltung bereits aufgefallen, allerdings habe man es bislang immer so gehandhabt, dass man im Bebauungsplan auch den Gewinn- Namen verwendet habe. Man werde sich jedoch noch einmal Gedanken machen. Gemeinderat Herr Edgar Lamparter bittet um Auskunft darüber, ob die geplanten rund 40 Bauplätze in Kappel in einer bestimmten Zeit bebaut werden müssen. Seines Wissens gehe es beim § 13 b BauGB darum, schnell Wohnraum zu schaffen. Des Weiteren wundere er sich, weshalb die Verwaltung den § 13 b BauGB nicht auch als Möglichkeit für das Gebiet „Über dem Berg“ in Niedereschach nutzt. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass man in Niedereschach noch nicht so weit sei. Man habe jedoch auch darauf ein Auge geworfen. Herr Lamparter weist darauf hin, dass*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*der Wohnungsbedarf vor allem in Niedereschach gegeben sei. Mit Blick auf die Ausweisung von Neubaugebieten erklärt Herr Lamparter, dass dies in Nachbargemeinden sehr viel schneller gehe. Hier widerspricht der Vorsitzende. Auch die Nachbargemeinden hätten ihre Probleme. Es sei einfach so, dass sich die Zeiten geändert haben und es was bauliche Dinge anbelangt in unserem Land gewaltig hake. Daher komme auch die Wohnungsnot. Dass man beispielsweise beim Gebiet „Badäcker“ in Schabenhausen nicht so voran komme, liege an verschiedenen Dingen, die teils in Niedereschach beheimatet sind, teils jedoch auch an anderen Faktoren liegen.*

### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der genannten Arbeiten an die Firma BIT-Ingenieure und das Büro für Grün- und Landschaftsplanung, Doris Hug zum genannten Angebotspreis.

### **Beschluss:**

*7.1 Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Vergabe der genannten Arbeiten an die Firma BIT Ingenieure und das Büro für Grün- und Landschaftsplanung, Doris Hug, zu den in der Sitzungsvorlage genannten Angebotspreisen.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 8

#### Errichtung starrer Poller in der Villinger Straße

##### Sachverhalt:

Die Errichtung starrer Poller in der Villinger Straße im Ortskern von Niedereschach wurde im Gemeinderat bereits erörtert. Zwischenzeitlich ist in der Villinger Straße der, von der Gemeinde seit langem geforderte, weitere Fußgängerüberweg hergestellt worden.

Herr Gemeinderat Rüdiger Krachenfels hat dieses Thema in der Gemeinderatssitzung vom 08.04.2019 erneut angesprochen und um weitere Erörterung und Abstimmung gebeten.

*Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in dieser Angelegenheit mit den Fachbehörden und auch den Experten der Verkehrsschau schon sehr viele Gespräche stattgefunden haben. Herr Rüdiger Krachenfels, der den Antrag gestellt hat, erklärt noch einmal, weshalb er gerne gegenüber dem Nahkauf und vor der Bäckerei Bantle einen starren Poller installiert hätte. Dort werde immer wieder geparkt, so dass das Einsichtsfeld für Fußgänger am dortigen Fußgängerüberweg bzw. auch für die Autofahrer stark eingeschränkt, ja sogar blockiert sei. Herr Michael Asal erklärt, dass er eigentlich kein „Poller-Freund“ sei. In diesem Fall befürworte er jedoch das Anbringen von Pollern. Er frage sich jedoch ob es starre Poller sein müssen oder ob man nicht Poller wie in der Dauchinger Straße verwenden sollte. Herr Edgar Lamparter weist darauf hin, dass er bereits vor einigen Wochen darauf hingewiesen habe, dass der Vorbau vor dem Nahkauf, in dem die Einkaufswagen stehen, sehr gefährlich sei, weil dort die Fußgänger plötzlich hinter diesem Vorbau auf den Gehweg und den darauffolgenden Fußgängerüberweg wechseln. Dies führe immer wieder zu gefährlichen Situationen. Des Weiteren bat Herr Lamparter um Auskunft darüber, wie es mit Blick auf die Gemeindevollzugsbedienstete, die ja bereits eingestellt sei, aussehe. Hierzu erklärt Herr Lauer, dass die betreffende Kollegin derzeit bei der Gemeinde in Hüfingen „hospitiere“. Es sei lediglich noch eine Frage der Zeit, bis sie mit einer entsprechenden Dienstanweisung ausgestattet, die ersten Kontrollen durchführen könne. Gemeinderätin, Frau Manuela Fauler erklärt, dass sie die Poller nicht nur vor dem Fußgängerbereich des Nahkaufs und der Bäckerei Bantle sehen möchte, sondern auf dem gesamten Gehweg vor dem Nahkauf in Richtung Sparkasse. Dort sei es für Fußgänger lebensgefährlich, weil die Verkehrsteilnehmer immer wieder den Gehweg voll und ganz als Ausweichmöglichkeit nutzen. Unterstützt wurde Frau Fauler vom Ratskollegen Herrn Holger Tranzer, der dies als ersten Schritt für eine Gesamtlösung ansieht. Sollte der vorgeschriebene Mindestabstand des Gehweges noch eingehalten werden können, könnte er sich auch das Aufstellen von Blumenkübeln vorstellen. Hierzu erklärt Ortsbaumeister Herr Hartmut Stern, dass dies nicht möglich sei, weil der Gehweg dann zu schmal wäre. Der Vorsitzende rät dazu, bevor man die Poller auf dem Gehweg aufstellt, obwohl dies Sache der Gemeinde sei, auch die Experten der Verkehrsschau mit zu Rate zu ziehen, da indirekt auch die Landesstraße betroffen sei. Herr Lamparter erklärt, dass die ganze Situation entschärft werden könnte, wenn die Parkplätze vor der Volksbank wegfallen würden. Dort ist seiner Meinung nach die gefährlichste Stelle und deshalb müsse man auch prüfen, ob man diese Parkplätze dort nicht streichen könnte. Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass die betroffenen Geschäftsleute jedoch großen Wert auf die dortigen Parkplätze legen. Herr Krachenfels erklärt, dass es sicherlich richtig sei, sich Gedanken über eine Gesamtlösung zu machen. Er plädiert trotzdem dafür, seinem Antrag stattzugeben und die zwei beantragten Poller zu genehmigen. Die Kosten würden sich sicherlich in Grenzen halten und sollte tatsächlich irgendwann eine Gesamtlösung gefunden werden, wären die zwei Poller auch schnell wieder entfernt. Es sei wichtig, im dortigen Bereich etwas für die Unversehrtheit der*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*Fußgänger zu tun. Michael Asal erklärt, wenn die „Parkerei“ auf der anderen Seite wegfallen würde, wäre das Problem im Grunde genommen schon gelöst. Jörg Freund führt aus, dass er nicht auf die Verkehrsschau warten würde, sondern den Vorschlag von Herrn Krachenfels jetzt aufgreifen und entsprechend beschließen und umsetzen würde. Noch einmal rät der Vorsitzende dringend die Verkehrsschau mit einzubeziehen und wird diesbezüglich von Herrn Tranzer unterstützt.*

### **Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt über den vorgenannten Sachverhalt.

### **Beschluss:**

*8.1 Einstimmig beschließt der Gemeinderat im Bereich der Villinger Straße eine „Bepollung“ ins Auge zu fassen. Allerdings soll entgegen dem Beschlussvorschlag dabei auch wie von Frau Fauler vorgeschlagen der weitere Bereich in der Villinger Straße mit einbezogen werden und vor der Umsetzung mit den Experten der Verkehrsschau gesprochen werden.*

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

### TOP 9

#### Verschiedenes und Bekanntgaben

9.1 Der Vorsitzende erklärt, dass er eine sehr erfreuliche Mitteilung habe. Nunmehr liege der Gemeinde die Zuschussbewilligung für die Sozialgenossenschaft Bürger für Bürger eG des Landes Baden-Württemberg vor. Das Sozialministerium gewähre der neu gegründeten Genossenschaft in Niedereschach einen Zuschussbetrag in Höhe von 30.000 €. In diesem Zusammenhang dankt der Vorsitzende dem Land Baden-Württemberg.

9.2 Der Vorsitzende verweist auf die aufgeführten Spendernamen in der nicht-öffentlichen Sitzung am 08.04.2019.

#### Beschluss:

9.2 Einstimmig beschließt der Gemeinderat die Annahme der Spenden.

### TOP 10

#### Wünsche und Anträge

10.1 Herr Jörg Freund, der die Gemeinde bei der Generalversammlung der Lehr-Hexen vertreten habe, trägt vor, dass seitens der Lehrhexen der Wunsch geäußert wurde, dass die Zunft ihren Hexenwagen interimweise, bis die Räume anderweitig benötigt werden, in den durch den Umzug des DRK freigewordenen Garagenraum in der Steigstraße 2, einstellen kann. Hierzu erklärt Ortsbaumeister Herr Stern, dass dies nicht gehe. In die Garage komme das Notstromaggregat der Eschachhalle sowie ein Fahrzeug des Bauhofes. Des Weiteren, so Herr Freund, habe die Zunft nachgefragt, ob sie, sollte es in der Steigstraße 2 nicht klappen, wenigstens in der derzeit leer stehenden Reithalle Richtung Dauchingen ihren Hexenwagen abstellen könne. An dieser Stelle erklärt Herr Ragg, dass die Wünsche der Lehrhexen bei der Verwaltung angekommen seien. Man werde zeitnah Verbindung mit der Vorstandschaft der Lehr-Hexen aufnehmen und dann wieder berichten.

10.2 Herr Lamparter bittet um Auskunft darüber, wer die baulichen Veränderungen im Bereich der Einfahrt zum Dobel in Kappel veranlasst hat und wer dort der Bauherr ist. Hierzu erklärt Ortsbaumeister Herr Stern, dass die dort getätigte Baumaßnahme eine Vorgabe der Verkehrsschau war, die bereits im Gemeinderat und im Ortschaftsrat entsprechend besprochen wurde. Das Protokoll der Verkehrsschau sei im Gemeinderat verlesen worden. Herr Lamparter befürchtet, dass die im Zuge der Maßnahme geschaffenen Halteflächen künftig als Parkplätze für Besucher der angrenzenden "Säge" genutzt werden, die dann wiederum die gefährliche Straße überqueren müssen. Vor diesem Hintergrund sei für ihn durch den erfolgten Umbau die Gefährdungslage noch größer geworden. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auch hier gelte, dem Rat der Verkehrsexperten zu folgen und dies auch zu akzeptieren. Herr Stern legt einen Plan auf und erläutert noch einmal was genau gemacht wurde und vertritt die Meinung, dass speziell für die Nutzer des „Dobel“ der nun vorhandene Gehwegbereich eine erhebliche Verkehrsverbesserung und mehr Sicherheit bedeute. Sollten

# GEMEINDE NIEDERESCHACH

## Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

*dort tatsächlich Gäste der angrenzenden „Säge“ parken, seien diese hierfür selbst verantwortlich. Gedacht ist die Haltefläche beispielsweise als Ausweichfläche für landwirtschaftliche Fahrzeuge und ähnliches.*

*10.3 Des Weiteren weist Herr Lamparter darauf hin, dass im Eingangsbereich zur katholischen Kirche in der Friedhofstraße immer wieder parkende Fahrzeuge den kompletten Zugang versperren. Dies sei besonders schwierig und gefährlich wenn ältere Menschen die von Angehörigen mit dem Auto zur Kirche gefahren werden, dort aussteigen und zur Kirche oder auch zu Veranstaltungen im unten liegenden Katharinensaal gehen wollen. Es würde sicherlich Sinn machen im dortigen Bereich ein Halteverbot zu erlassen, was, so der Vorsitzende, zwar grundsätzlich möglich wäre. Gleichzeitig sei es schwierig in solchen Fällen Halteverbotszonen einzurichten, da dies mit Sicherheit eine Fülle von weiteren Anträgen nach sich ziehen würde.*

Der Gemeinderat

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

.....

.....

.....

.....